

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 376 10. Januar 2007

13. Jahrgang

Guatemala, 10 Jahre danach...

Mit diesem thematischen Schwerpunkt-¡Fijáte! schliessen wir unsere Reihe "Guatemala, 10 Jahre danach" zu den guatemalteckischen Friedensabkommen ab. Wir lassen an dieser Stelle noch einmal Menschen zu Wort kommen, die aus ihrer je persönlichen Geschichte und Perspektive Bilanz ziehen: Ein damaliger Guerilla-Kämpfer und heutiger Aktivist, ein damaliger Sympathisant und heutiger Aktivist sowie eine damalige Solidarische und heutige Aktivistin. Eine Situationsanalyse, die von der Fundación DESC veröffentlicht wurde, rundet die Betrachtung der Friedensverträge ab.

Die Reihe "Guatemala, 10 Jahre danach" ist eine Ko-Produktion von ¡Fijáte! und der schweizerischen Zeitschrift für Friedenspolitik friZ (www.efriz.ch).

Frieden in Guatemala bleibt eine Utopie

Durch die weltweiten politischen Veränderungen öffneten sich auch in Guatemala die Spielräume, die erlaubten, mittels Dialog und Verhandlungen zu erreichen, was mit Waffen nicht möglich war... an den Ursachen, die zum Bürgerkrieg geführt hatten, hat sich jedoch nichts geändert. Von Rubén Lopez Herrera, alias Pedro oder Petúl.

Am 29. Dezember 1996, nach zehn Jahren Dialog und Verhandlungen zwischen der guatemalteckischen Regierung und der Guerilla URNG, wurde das Abkommen über einen festen und dauerhaften Frieden geschlossen. Damit wurde der 36 Jahre dauernde bewaffnete interne Konflikt beendet, der Tausenden GuatemalteckInnen das Leben gekostet hat; eine blutige, unmenschliche und erbarmungslose militärische Konfrontation.

Als der Verhandlungsprozess begann – wir waren damals in Campeche (Mexiko) in einem Flüchtlingslager – erhielten wir ein Schreiben von Gaspar Ilom (Rodrigo Asturias), dem Oberkommandierenden der *Organisation des bewaffneten Volkes* (ORPA), einer der vier Gruppen, die die *Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas* (URNG) bildeten. Darin informierte er uns über die Bereitschaft der Regierung, mit der Guerilla über eine Beendigung des bewaffneten Konflikts zu verhandeln und fragte uns nach unserer Meinung dazu. Mein erster Gedanke war, dass dies eine Situation ist, wie wenn der Patron einem Bauern ein Geschäft vorschlägt und der Bauer von Anfang an weiss, dass er den Kürzeren ziehen wird. Welches Interesse sollen die Reichen daran haben, mit ihren Gegnern über die Abgabe von Privilegien zu diskutieren? Ich hegte starke Zweifel und Misstrauen gegenüber diesem Vorschlag. Auf der anderen Seite erinnerte ich mich an die schwierigen Zeiten, die wir im Urwald verbrachten, wo ich mich wie in einem dunklen Tunnel fühlte, aus dem es keinen Ausweg gab. Die Idee eines Dialogs mit der Regierung erschien mir ein bisschen so wie das Licht am Ende des Tunnels.

Umsetzung der Friedensabkommen

Aufs Ganze gesehen ist die Umsetzung der Friedensabkommen unterschiedlich, minimal und unvollständig. Am wenigsten wurden die „substantiven“ (im Vergleich zu den „operativen“) Teilabkommen umgesetzt, mit denen die wirtschaftlichen und politischen Strukturen des repressiven, ausschliessenden, rassistischen und antidemokratischen Regimes verändert werden sollten, das in Guatemala herrscht. Doch das Militär und die Regierung hatten sich lange auf die Verhandlungen vorbereitet. Mit der ihnen eigenen doppelten Moral haben sie Strategien und Listen erfunden, damit ihre Machtstrukturen intakt blieben. Der guatemalteckische Staat war schon

immer mafös, Aufrichtigkeit, Gutgläubigkeit, Vertrauen und Ehrlichkeit haben in ihm keinen Platz. Die Guerilla ihrerseits ist ziemlich naiv und zu vertrauensselig in die Verhandlungen eingestiegen.

Ein Teil der Verantwortung für die Nicht-Umsetzung geht auf das Konto der URNG. Ein grosser Fehler war, dass sie die Popularisierung der Abkommen der Regierung überliess, die ja im Grunde am allerwenigsten daran interessiert war, dass die Bevölkerung ihren Inhalt kennt. So wurde nicht nur die Bedeutung der Abkommen verzerrt wiedergegeben, sondern sie wurden dazu missbraucht, mächtige Gruppen innerhalb der Regierung zu begünstigen. Es wurden zum Beispiel eine Stelle für die Schlichtung von Landkonflikten (CONTIERRA), ein Land- und ein Friedensfonds (FONTIERRA und FONAPAZ) gegründet, die dicke Geschäfte mit Landkauf und –Verkauf abwickelten und dafür internationale Gelder einstrichen.

Die Demobilisierung

Erwähnenswert ist an dieser Stelle das Abkommen über die Demobilisierung und die Eingliederung der URNG in die Legalität. Hier muss man zwei Aspekte je separat analysieren, einerseits die Demobilisierung und andererseits die Integration der Ex-KämpferInnen ins zivile Leben. Wichtig ist auch, diese Analyse sowohl aus Regierungs- wie aus Guerillaperspektive zu machen.

Die Demobilisierung der Guerilla war für die Regierung und das Militär ein zentraler und strategischer Punkt, der meiner Meinung nach zu 95 Prozent gelungen ist. Es ging um die Vermittlung des Friedensschlusses als ein irreversibles Moment, um die Auflösung der Guerilla-Strukturen und die Abgabe der Waffen unter Aufsicht der UNO.

Mit der Eingliederung sollten die ehemaligen KämpferInnen der URNG gleichberechtigt wie der Rest der Bevölkerung ins soziale, wirtschaftliche und politische Leben integriert werden. Hier stellt sich die Frage, von welcher Gleichberechtigung wir sprechen, wenn wir bedenken, dass 85 Prozent der guatemalteckischen Bevölkerung in Armut und extremer Armut lebt.

Um die Eingliederung wirksam zu machen, durchliefen die in den Demobilisierungslagern versammelten Ex-

KämpferInnen eine berufsspezifische Orientierung und Ausbildung. Dies ging alles sehr schnell, und die meisten Leute waren psychologisch nicht darauf vorbereitet und entschieden sich willkürlich oder aus Neugierde für den einen oder anderen Beruf, ohne sich bewusst zu sein, dass sie später davon leben mussten. Die Ausbildungen waren viel zu kurz, um das gelernte Handwerk danach auszuführen. Von diesen Produktivprojekten sind 90 Prozent gescheitert. Gründe dafür sind: fehlende Marktanalyse, zu kleines Startkapital (nebst dem Aufbau des Geschäfts oder der Werkstatt mussten die Leute ja auch ihre Familien ernähren), mangelnde Ausbildung und fehlende Erfahrung, vor allem auch im administrativen Bereich. Es gab Fälle, wo Leute in ländlichen Gegenden einen Lebensmittelladen eröffneten. DorfbewohnerInnen, die damals die Guerilla unterstützt hatten, liessen bei den *Compañeros* und *Compañeras* anschreiben und bezahlten ihre Schulden nie zurück mit dem Argument, das sei eine minimale Entschädigung für ihre damalige Unterstützung der Guerilla.

Eine der grössten Schwächen des Demobilisierungsprozesses ist, dass die psychologische Betreuung der Ex-KämpferInnen vernachlässigt wurde. Viele von ihnen sind emotional geschädigt und leiden heute unter psychosomatischen Krankheiten und Depressionen oder sie flüchten sich in Alkohol und andere Drogen.

Die Umwandlung der URNG in eine politische Partei

Das Recht, sich in eine politische Partei umzuwandeln, wurde der URNG in den Friedensabkommen zugestanden. Dies war denn auch das Hauptanliegen unserer Kommandanten, die per se schon zerstritten waren und in der Gründung einer Partei ihre je persönlichen Vorteile suchten. Sie wollten ein Stück des Kuchens, stellten jedoch das Rezept nicht mehr in Frage und schlugen damit eine Richtung ein, die sie in den Augen vieler Leute zu Komplizen des Feindes machte. Bis heute hat die URNG keine eigenständige politische Linie entwickelt, die eine Opposition vertritt, was man wiederum damit entschuldigt, nicht über die notwendigen Mittel zu verfügen. Sektierertum, Hegemonismus und Machtgelüste schwächten die URNG in grossem Masse, was zur Folge hatte, dass sie bei den letzten Wahlen (2003) auf dem sechsten Platz blieb. Viele Leute, die einst mit der URNG sympathisierten oder kollaborierten, sind heute frustriert oder fühlen sich vernachlässigt. Wer sich dem blinden Gehorsam und der Unterordnung verweigerte, wurde aus den Parteistrukturen ausgeschlossen.

Der Legalisierungsprozess von einer Guerilla in eine politische Partei wurde zu subjektiv und idealistisch angegangen. Man glaubte, die Tatsache, dass man Revolutionäre, Guerilleros/-as war und lang gekämpft hatte, genüge, damit

das ganze Volk die Partei URNG unterstützen würde. Jede der vier Organisationen hatte das Gefühl, in der Region, wo sie als Guerilla aktiv war, über die Basis zu verfügen, die sie in einem Wahlkampf unterstütze. Dazu kamen die internen Machtkämpfe. Viele, die Charisma und Rückhalt in der Bevölkerung hatten und wegen der Sache in der Partei waren und nicht, weil sie sich einen Sitz im Gemeinderat oder im Kongress versprochen, wurden an den Rand gedrängt von jenen, die dann den Sitz einnahmen.

Tatsächlich glaubten viele von uns, dass wir über die Teilnahme an den Wahlen die Macht erlangen und so die Veränderungen bewirken könnten, die wir mit den Waffen nicht erreicht hatten. Doch wir waren überhaupt nicht darauf vorbereitet, weder politisch noch psychologisch. Als Guerilla kritisierten wir die politischen Parteien als Farce, von den Reichen inszeniert, um das Volk zu spalten. Als wir dann unsere eigene Partei hatten, wurde eine Gruppe von *Compañeras* und *Compañeros* nach Spanien geschickt, um von der rechten Regierung von Aznár Politikunterricht zu bekommen. Keine Ahnung, was die URNG aus diesen Erfahrungen für einen Gewinn gezogen hat...

Leadership eignet man sich nicht auf Auslandsreisen an, sondern im direkten Kontakt mit den Leuten und indem man auf ihre materiellen, moralischen, politischen und ideologischen Bedürfnisse eingeht.

Als Erfolg – wenn man es denn als solchen bezeichnen kann – gilt sicher die Tatsache, dass die Partei URNG legal konstituiert ist, dass sie nach wie vor Neumitglieder werben kann und dass sie einen Vorschlag für einen Regierungsplan erarbeitet hat.

Ausblick auf die Wahlen 2007

Im September 2007 werden in Guatemala Wahlen durchgeführt. Bereits jetzt und trotz des Verbots, länger als sechs Monate vor den Wahlen mit der Propaganda zu beginnen, befinden sich die Parteien schon mitten im Wahlkampf. Die meisten von ihnen sind rechter Ausrichtung und verfolgen eine neoliberale Politik, begrüssen die Freihandelsabkommen, sind korrupt und haben Beziehungen zum organisierten Verbrechen, zur Wirtschaft und zu den Grossgrundbesitzern. Die Linke ist gespalten und geschwächt. Auf der einer Seite haben wir die Gruppierung *Encuentro por Guatemala*, angeführt von Nineth Montenegro, einer dissidenten Parlamentarierin, die zuerst der URNG und dann der *Allianz Neue Nation* ANN angehört hat. Auf der anderen Seite steht Pablo Monsanto, Ex-Mitglied der URNG-Führung, der sich von der URNG getrennt hat, um sich an die Spitze der ANN zu setzen und der kritisiert wird, weil er die Partei dreissig ehemaligen Offizieren der guatemaltekischen Armee geöffnet hat, über deren Vergangenheit man nichts Genau-

es weiss. Als dritte linke Gruppe haben wir die URNG, geschwächt und wegen ihrer hierarchischen Strukturen und sektiererischen Praktiken in Frage gestellt.

Es gibt in Guatemala ein Sprichwort, das sehr gut zur aktuellen Situation passt: „Auch das Unglück hat (s)ein Gutes“. Die URNG hat offenbar aus der Wahlniederlage und dem Austritt von Monsanto ihre Lektionen gelernt und sich der „Sozial-Politischen Linken Front“ (unterdessen: *Movimiento Amplio de Izquierdas* MAIZ, die Red.) angeschlossen, einer Initiative, die versucht, Einzelpersonen und VertreterInnen von sozialen oder politischen Gruppierungen zusammen zu bringen, die eine demokratische und progressive Vision von einem neuen Guatemala haben. Es ist zu hoffen, dass die URNG diesen Kompromiss ernst nimmt und sich als eine von mehreren Organisationen versteht und nicht versucht, sich diese Initiative zu unterwerfen.

Persönlicher Rück- und Ausblick

Persönlich habe ich in den letzten Jahren verschiedene Prozesse durchlaufen. Während der Phase der Demobilisierung und der Eingliederung war ich sehr frustriert und verspürte viele Resentiments. Mit der Zeit habe ich die neue Realität akzeptiert und mich an sie gewöhnt.

Ob sich der bewaffnete Kampf lohnt hat? Unsere Ideale waren damals sehr schematisch und geprägt von politischen Modellen anderer Länder. Modelle, die durchaus ihre Richtigkeit hatten, aber nicht ganz mit unserer Realität eines multikulturellen und mehrsprachigen Guatemala kompatibel waren. Wenn wir eine reine Kosten-Nutzen-Rechnung machen, sind sich wohl alle einig, dass der Preis zu hoch war im Vergleich zu den wenigen Früchten, die wir ernten konnten. Vor allem die Zivilbevölkerung musste teuer bezahlen. Dem gegenüber ist der individuelle Preis derer, die gekämpft haben – mit Ausnahme der Gefallenen – nichtig. Aber ... hat es sich wirklich gelohnt, sich diesem blutigen Kampf zu verschreiben?

Vielleicht müssen wir die Frage anders herum stellen: Würde es sich heute zu leben lohnen, wenn wir nicht gekämpft hätten als es notwendig war? Welches Guatemala hätten wir heute, wenn wir nicht gekämpft hätten? Für mich persönlich, der ich in Armut geboren und aufgewachsen bin, der die Armut in all ihren Facetten kennt, wäre es eine grosse Beschämung, nicht gekämpft zu haben. Und das sage ich als Mestize. Für die indigene Bevölkerung war der Kompromiss noch viel grösser, sie hatten neben der Armut noch gegen den Rassismus und die Diskriminierung zu kämpfen – generell gesagt, gegen die Erniedrigung.

Wir haben gekämpft und nicht erreicht, was wir uns vorgenommen haben. Dies verpflichtet uns heute zu einem Leben in Würde und Stolz. Für mich

reduzieren sich die 36 Jahre des bewaffneten Kampfes zu einer einzigen Schlacht – die wir weder gewonnen, aber auch nicht ganz verloren haben. Auch wenn wir damals die Situation nicht verändern konnten bin ich überzeugt davon, dass es eines Tages soweit kommen wird. Irgendwann wird sich die guatemaltekeische Bevölkerung vom Krieg erholt haben und bereit sein – mit den dafür angemessenen Mitteln – für Veränderungen zu kämpfen.

Das Ideal, für das wir gekämpft haben, scheint manchmal etwas verloren gegangen zu sein. Vielleicht ist es verschwunden, vielleicht haben wir es vergessen. Doch mit den Wahlerfolgen der sozialen und linken Bewegungen in Ländern wie Venezuela und Bolivien, eröffnen sich auch für Guatemala neue Horizonte. Einer davon ist die erwähnte Grün-

dung der „Sozial-Politischen Linken Front“.

Wir müssen tagtäglich für unsere Ideale kämpfen, wo immer dies möglich ist. Persönlich mache ich das im Rahmen meiner Arbeit in einer Organisation, die sich in der Gemeindepolitik engagiert. Wir versuchen, Theorie und Praxis zusammenzubringen, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Mit Worten allein kann man nichts verändern, mit assistentialistischen Hilfsprojekten auch nicht. Deshalb versuchen wir, das Politische mit dem Materielle zu verknüpfen. Wir sagen den Leuten immer, dass Projekte ein Mittel und kein Ziel sind, dass man Veränderungen politisch erreichen muss und man sich darauf früh genug vorbereiten muss.

Für mich ist das eine Lebensaufgabe, die ich übernommen habe, als ich

mich entschied, etwas für meine Leute zu tun. Ich erinnere mich an den *compañero* Felipe, mit dem ich zusammen eine zeitlang eine militärische Einheit der Guerilla geführt habe. Er sagte zu mir: „Wenn ich eines Tages sterben sollte – was man ja nie weiss – erwarte ich, dass du weiter kämpfst, denn auch wenn ich tot bin, sehe ich, was du machst.“ Diese Worte haben sich mir für immer eingeprägt; mit ihm zusammen sind 22 weitere *compañeros* unserer Einheit gefallen. Sie begleiten mich bei meiner täglichen Arbeit. Und immer, wenn mir etwas gelingt oder ich etwas für die Bevölkerung erreichen kann, weiss ich, dass sie sich mit mir freuen. Und wenn mir etwas nicht gelingt, bitte ich sie um Verzeihung – man kann ja nicht immer perfekt sein. Aber gemeinsam ziehen wir den Karren immer weiter.

10 Jahre Friedensabkommen – Wenig wurde erreicht

Zehn Jahre nach den Friedensabkommen stellen wir fest, dass – trotz einiger Veränderungen – der Grossteil derselben nicht umgesetzt wurde. Hauptgrund dafür ist der mangelnde politische Wille der Herrschenden, die im Bemühen darum, ihren *status quo* aufrechtzuerhalten, die Umsetzung verunmöglicht haben. Von Mario Polanco von der Menschenrechtsorganisation *Grupo de Apoyo Mutuo* (GAM).

Unbestritten gibt es heute in Guatemala mehr Spielräume, um Ideen oder politische Ideologien zu diskutieren. Es gibt positive Entwicklungen im Kunstbereich, in der Literatur und in der Malerei. Es gibt keine institutionelle Verfolgung von politischen oder sozialen Oppositionellen mehr, ebenso hat sich der Organisationsgrad der Bevölkerung im Vergleich zu den schlimmsten Zeiten des Staatsterrors um ein Vielfaches verbessert.

Leider – und bedauerlicherweise gibt es immer ein "leider" – haben wir keinen Fortschritt in Sachen Bekämpfung der Straflosigkeit zu verzeichnen. Trotz der aktuellen Meinungs- und Ideologiefreiheit war es bisher nicht möglich, die Verbrechen der jüngsten Vergangenheit zu verfolgen; und die dafür Verantwortlichen erfreuen sich nach wie vor ihrer Freiheit. Obwohl es keine offizielle Staatspolitik zur Verfolgung von Oppositionellen mehr gibt, gibt es offenbar eine solche, um die Verbrecher dieser langen und dunklen Terrornacht, die unser Land durchlebt hat, zu schützen. Es war bis heute nicht möglich, auch nur einen Prozess gegen Militärangehörige anzustreben, die in das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen involviert waren. Gemäss Daten der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) waren das Militär und die paramilitärischen Strukturen für 94 Prozent der 1112 während des bewaffneten Konflikts begangenen Massaker verantwortlich.

Budgetdiskussionen: Fürs Militär nie genug

Der Militarismus ist auch heute noch im Alltagsleben präsent. Er manifestiert sich z.B. in den kombinierten Polizei-Militär-Patrouillen, die im ganzen

Land anzutreffen sind, oder in den für die innere Sicherheit zuständigen staatlichen Institutionen: Sowohl der Verteidigungsminister wie der Chef des Generalstabs sind Militärs. Jedes Jahr zwischen September und November treten sowohl die/der Finanzminister/in und der Präsident an die Öffentlichkeit und machen sich für das Militär stark – jedes Mal mit dem Argument, dass, um die Friedensabkommen einzuhalten, das Militärbudget erhöht werden müsse. Dieses soll gemäss Friedensabkommen einen gleichbleibenden Prozentanteil des Bruttoinlandprodukts ausmachen (das heisst, mit jeder BIP-Steigerung wächst auch das Militärbudget real). Aber keineR von diesen FunktionärInnen spricht je davon, dass auch die Budgetposten «Bildung» (5%) und «Gesundheitswesen» (2%) im Friedensabkommen an das Bruttoinlandprodukt gekoppelt worden sind.

Im «Abkommen über die Rolle des Militärs in einer demokratischen Gesellschaft» steht die Kürzung des Militärpersonals um ein Drittel fest. Dieser Kompromiss wurde tatsächlich eingehalten, wobei zu betonen ist, dass sich zwar die Anzahl der SoldatInnen verringert hat, nicht jedoch die Macht und der Einfluss des Militärs im zivilen und politischen Leben. Reduziert wurde die Anzahl der "einfachen" SoldatInnen, während sich die militärische "Mittelschicht", bestehend aus einer Vielzahl von mässig ausgebildeten Offizieren, halten konnte – zu einer Professionalisierung der Armee hat dies aber nicht beigetragen. Die im selben Abkommen beschworene Stärkung der zivilen Behörden wurde bisher nicht in die Praxis umgesetzt.

Im Falle der Armee reizt man also

das in den Friedensabkommen definierte Maximalbudget aus, während der Erziehung im Jahr 2006 keine 1,7 % des BIP zugestanden wurden – und für 2007 diskutiert man über eine Erhöhung auf 2,3 %. Weshalb machen sich die Finanzbehörden und die Regierung nicht mit demselben Eifer für eine Erhöhung der Sozialausgaben stark? Traurig aber wahr: Zehn Jahre nach der Friedensunterzeichnung bildet das Militär noch immer die faktische Macht in Guatemala.

Explosive Situation

Die Militärangehörigen, daran gewöhnt, ihre Einkünfte und ihre Macht durch schmutzige Kriegsgeschäfte und Menschenrechtsverletzungen zu garantieren, befürchteten mit den Friedensabkommen das Ende ihres *modus vivendi*. Entsprechend suchten sie sich andere Formen, um zu Geld zu kommen, Formen die sich häufig im illegalen Bereich befinden. Viele Ex-Militärs dienen heute dem organisierten Verbrechen, andere halten ihren Einflussbereich auf die Regierung oder bei den Sicherheitskräften aufrecht und beliefern diese Strukturen mit Waffen oder Personal. Diese Verbindungen zwischen Militärs, Ex-Militärs und dem organisierten Verbrechen hat zur Folge, dass Guatemala zu einem Nährboden wird, auf dem sich die fatalen Situationen, in denen wir bereits heute leben, bestens kultivieren – und irgendwann explodieren – können.

Ausdruck dieser nach wie vor die Politik durchdringenden Macht des Militärs ist, dass mehrere der provisorischen Wahlkandidaten Ex-Militärs sind. Einer davon – mit nicht unerheblicher Chance auf den Präsidentensitz – ist der General Otto Pérez Molina, der verspricht, mit «eiserner Hand» gegen die

aktuelle Gewaltwelle vorzuziehen.

Wirtschaft: Ungerechte Verteilung

Was die wirtschaftliche Situation betrifft, lebt ein Grossteil der Bevölkerung nach wie vor in Armut. Gemäss offiziellen Daten nehmen 50 Prozent der Kinder in Guatemala nicht die täglich zum Leben notwendige Kalorienzahl zu sich. Ganz abgesehen von den Buben und Mädchen, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht zur Schule gehen können.

Auch die Arbeitslosigkeit wächst täglich, während gleichzeitig die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt. In jüngster Zeit ist eine neue Art temporärer Arbeitsverträge aufgekommen, welche die Angestellten von jeglichen Sozialleistungen und Arbeitsplatzsicherheiten ausschliessen. Diese Verträge werden jeweils für die Dauer eines Jahres abgeschlossen, die Arbeitsbezeichnung lautet vielversprechend «BeraterIn» (consultorA). Dies provoziert grosse Verunsicherung und Frustration in der Bevölkerung.

Der Unterschied zwischen Arm und Reich wächst. Während eine Minderheit

in Opulenz und Privilegien lebt, weiss die Mehrheit nicht, was sie morgen ihren Kindern auf den Tisch bringen soll. Im Jahr 2006 sind die sozialen Unterschiede viel grösser als zu Beginn des bewaffneten Konflikts in den 1950er Jahren.

Die ethnischen Ungleichheiten spiegeln sich zusätzlich und vor allem in den Departements mit indigener Bevölkerungsmehrheit wider. Departements wie El Quiché oder Huehuetenango erhalten z.B. weniger als 2 Prozent des nationalen Etats, während das Departement Guatemala, in dem die Hauptstadt liegt und nur etwa ein Fünftel aller GuatemaltekenInnen lebt, ganze 48 Prozent des Budgets bekommt. Womit der Zentralismus – entgegen den in den Friedensabkommen festgeschriebenen Dezentralisierungsbestrebungen – einmal mehr nachgewiesen wäre.

Die operativen Abkommen, in denen es unter anderem um die Demobilisierung der Guerilla geht, wurden buchstabengemäss umgesetzt, womit garantiert werden konnte, dass sich nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen keinerlei Art von bewaffneten Auseinandersetzungen mehr wiederholten. Dies

allein ist ein wichtiger Erfolg.

Es bleibt nur die Hoffnung...

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass die Empfehlungen der Wahrheitskommission CEH, die sich sehr eng an die Friedensabkommen hielten, nicht umgesetzt, ja sogar von den Regierungen seit 1999 (als der Bericht abgeschlossen und der nationalen und internationalen Öffentlichkeit vorgelegt wurde) ignoriert wurden.

Einer der wenigen Punkte, die in den Empfehlungen der CEH und im Friedensabkommen über die Menschenrechte festgehalten ist, und von dem man sagen könnte, dass er sich in Umsetzung befindet, ist derjenige über die Entschädigung der Opfer der während dem Krieg begangenen Menschenrechtsverletzungen. Aber auch hier gibt es Schwierigkeiten und Hindernisse, die den Prozess erschweren.

Was bleibt, ist die Hoffnung der Bevölkerung, dass sich irgendwann irgendetwas ändern muss. Dass die Friedensabkommen eines Tages umgesetzt werden müssen und dass der Aufbau einer Demokratie und des Friedens in Guatemala einmal Realität sein werden.

Aus der Distanz...

Miseria bedeutet in seiner Summe Ausbeutung, Hunger, erzwungene Unwissenheit und Arbeitslosigkeit, Krankheiten und fehlende medizinische Versorgung sowie andauernde Repression. *Miseria* ist die schärfste Form von Gewalt, weil sie geplant und gewollt ist. Diese Form von Gewalt zu beenden war das Ziel der Befreiungsbewegung in Guatemala.

Von Edith Bitschnau, Guatemala Komitee Zürich.

Nach dreissig Jahren bewaffnetem Widerstand hatte die URNG Ende 1996 die Waffen abgegeben. Ein Moment, den das guatemaltekeische Volk, wie auch wir von der Solidarität herbeigesehnt hatten. Es war das Ende eines Krieges, in dem die guatemaltekeische Armee die Hochlandbevölkerung massakriert, in die Flucht gejagt oder als Geisel gehalten hatte. Doch einige Jahre zuvor, als wir damit begannen, den Befreiungskampf zu unterstützen und zu begleiten, sahen unsere Träume anders aus. Wir träumten, ähnlich wie tausende *Compañeros* und *Compañeras*, vom Sieg der Armen über die Reichen, von wehenden rot-schwarzen Fahnen und vom triumphalen Einzug der Guerilla in die Hauptstadt, um der Bevölkerung das Ende der *Miseria* zu bereiten. Wir dachten, dass sich die Revolutionen von Cuba, Vietnam und Nicaragua auch in El Salvador und Guatemala durchsetzen würden. Nun schauten wir 1996 auf einen Berg von Papieren voller Regelungen und schwungvollen Unterschriften: Die Friedensabkommen. Keine Enteignungen, keine Bestrafung der Kriegsverbrecher, keine Verteilung des Grossgrundbesitzes.

Inzwischen sah die Welt völlig anders aus als noch zu Beginn der Guerilla und niemand von der Solidarität glaubte während der 90er Jahre noch ernsthaft an die Umsetzung unserer einsti-

gen Träume. Doch die Bedingungen, die ursprünglichen Ziele nun in der Legalität weiter zu verfolgen, hatte sich die URNG erkämpft. Dies bedeutete, den Kampf für Gerechtigkeit mit weniger Toten und weniger Angst fortführen zu können.

So folgten nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen die Jahre der Politik und der Parteibildungen, welche die URNG "Demokratisierung der eigenen Strukturen" nannte. Während dieser Zeit geschah eine Entwicklung, die wir uns in diesem Ausmass nicht vorstellen konnten. Mit zunehmendem Staunen sahen wir *Compañeros* und *Compañeras* ins Abseits verschwinden, welche noch während des Krieges Heldenhaftes geleistet hatten, und mit ungläubigem Entsetzen wiederum beobachteten wir unsere ehemaligen Helden die Seiten wechseln oder sich in korrupte Geschichten verwickeln. Die Uneinigkeit um die Führung der URNG führte dazu, dass nun die Stunde der Emporkömmlinge gekommen war. *Compas*, mit denen wir jahrelang zusammengearbeitet, denen wir vertrauten und die uns vertraut hatten, verschwanden auf Nebengleisen, kaltgestellt. Die vielen Demobilisierten aus der Guerilla, gewohnt, sich an einer Führung zu orientieren, warteten zunächst ab, welche Mission sie nach dem Krieg zu erfüllen hätten und beobachteten fassungslos die De-

montage ihrer revolutionären Organisation. Nach einiger Zeit des Abwartens mussten sie feststellen, dass für sie in der neuen Partei keine Rolle vorgesehen war. Sie selbst überlassen und oft in grosser existenzieller Not, wählten nicht wenige Ex- Guerilleros/as den Weg in die Emigration, in die USA. Während gleichzeitig die guatemaltekeische Bevölkerung, wie überall auf der Welt, den Preis des neoliberalen Marktmodells bezahlte, war die Partei URNG mit internen Machtkämpfen beschäftigt und auf persönliche Anerkennung auf der parlamentarischen Bühne aus. Wir vom Komitee beobachteten diese Entwicklung von fern und von nah mit zunehmendem Befremden, um schliesslich die Gefolgschaft zu der Parteiführung zu beenden.

Das bedeutete, dass wir grundsätzlich Abschied nehmen mussten von unseren Heldinnen und Helden von damals, um uns der Realität zu stellen.

Wir hatten nicht gedacht, dass ein zutiefst korruptes System selbst gestandene *Compas* zu verschlingen vermag. Wir hatten auch nicht gedacht, dass jahrzehntelange Diktatur und die Eliminierung einer ganzen Generation der Linken, keine grosse Auswahl an politisierten und erfahrenen OrganisatorInnen und PolitikerInnen hervorzubringen vermag.

Und dass die Not so gross werden würde, dass die Devise: "Rette sich, wer

kann" heute vielen Menschen nahe liegender ist als Solidarität und Widerstand, das haben wir uns ebenfalls nicht vorstellen wollen.

Innerhalb der letzten Jahre sind unzählige soziale Bewegungen entstanden, welche sich den Problemen Guatemalas annehmen und sich weiterhin mit den Repressionskräften buchstäblich herumschlagen müssen.

Dass sich die Partei URNG aus den Kämpfen dieser Bewegungen heraushält, hat jedoch nicht nur mit Unvermögen oder Ignoranz zu tun, sondern auch mit der immer noch sehr verbreiteten Angst der Bevölkerung, durch Kontakt mit der ehemaligen Guerilla in Schwierigkeiten zu geraten.

An dieser Angstblockade arbeiten ehemaligen *Compas*, indem sie die Jahre des bewaffneten Widerstandes der Bevölkerung zugänglich machen und sie in die Geschichte Guatemalas zu verankern versuchen. Nach den Jahren der Enttäuschung und Verwirrung haben sie damit begonnen, sich wieder untereinander zu treffen, um einander ihre eigene Geschichte zu erzählen und ihre schrecklichsten und schönsten Erfahrungen des Krieges auszutauschen. Heute sind aus diesen Erzählungen zwei

Bücher entstanden. Auch der Traum von einem Museum, das den Widerstand dokumentieren soll, ist noch nicht ausgeträumt.

Diese *Compas* von damals treffen wir in ihren Gemeinden wieder, wo sie an Projekten für ihre *comunidad* arbeiten oder auch auf der Strasse bei Demonstrationen der sozialen Bewegungen. Mit ihnen sind wir heute noch verbunden.

Die internationale Solidarität ist heute dem grossen Feld der NGOs gewichen. Kämpfe aus der Bevölkerung werden von ihnen kaum unterstützt.

Die Volks- und Menschenrechtsorganisationen andererseits haben während einigen Jahren gelernt sich in der Legalität zu organisieren und zu kämpfen. Ihre Aktivität ging auch nach den Friedensabkommen und ohne URNG den gewohnten Gang. Mit Landbesetzung, Streiks und Demonstrationen und immer noch gefährdet an Leib und Leben zwingen sie die Öffentlichkeit die Probleme des grossen Heeres der Armen wahrzunehmen. Die Regierung reagiert weiterhin mit Gewalt und Repression auf die kleinen Aufstände oder zücken nun, gewitzt seit den Abkommen, eine neue Taktik aus ihren Westentaschen: Die Taktik

der Verhandlungen. Schnell werden da und dort Widerständige Menschen an so genannte „runde Tische“ zu Gesprächen gebeten, deren Ergebnisse mit weiteren schwungvollen Unterschriften besiegelt werden, um sie dann der Vergessenheit zu übergeben.

Nachtrag:

Am 24. November 2006 ist Jorge Rosal, genannt Chayo, im Alter von beinahe 80 Jahren gestorben. Chayo war während vieler Jahre Europavertreter der URNG. Als Herzspezialist und Vater von vier im Widerstand kämpfenden Kindern legte er, nach der Ermordung einer seiner Söhne, seine bürgerliche Existenz ab, um Nomade für die Guerilla, der URNG, zu werden. Er mitunterzeichnete anstelle seines Comandanten Gaspar Ilom, dem damals die Einreise nach Guatemala verwehrt wurde, die Friedensabkommen. Chayo war hier in der Schweiz ein begeisterter WG-Besucher und Fan von Hausbesetzungen. Er war unser Bindeglied zu den kämpfenden *Compas* in Guatemala, er war ihr Sprachrohr hier bei uns und machte es möglich, dass wir die Nähe zu den GenossInnen in Guatemala über Jahre behalten konnten.

Die Friedensverträge – immer noch eine gute Idee?

Zum Abschluss eine Analyse, den Leitartikel aus dem *Bericht Guatemala* Nr. 58, der 14-täglichen Internetzeitschrift der Stiftung DESC. (<http://www.fundadesc.org/InformeG/index.htm>)

Am 29. Dezember wurde die erste Dekade der Unterzeichnung der Friedensverträge feierlich begangen, die 40 Jahre der internen bewaffneten Konfrontation beschlossen. Diese war gekennzeichnet durch den unverhältnismässigen Gebrauch repressiver Methoden, um den sozialen Protest zu unterdrücken und die politische Dissidenz, selbst die moderate, zu hemmen. Die Abkommen übertrafen das traditionelle Format des Waffenstillstandes in anderen Ländern und wurden vorgeschlagen als *Roadmap* für die sozio-politische Modernisierung Guatemalas. Mit ihnen sollten die Auslöser der in den 60er Jahren begonnenen bewaffneten Rebellion aus der Welt geschaffen werden, deren Hauptanliegen die Garantie grundlegender Rechte und die Umsetzung aller aus der demokratischen Periode von 1944 bis 54 herausgegangener Forderungen waren.

Doch es gab nicht viele Gründe zum Feiern, die über die Anerkennung des Nicht-Wiederaufkeimens der systematischen politischen Gewalt und Zurkenntnisnahme der deklaratorischen und programmatischen Ansätze, die Abkommen in die staatlichen wie sozialen Agenden aufzunehmen, hinausgingen. Dies löste immerhin einige, noch langsame und schwache Prozesse der lokalen und nationalen Stärkung aus. Freilich gilt es auch, die überschäumende, wenn auch

noch diffuse Dynamik von AkteurInnen zu erwähnen, die die "gesellschaftliche Vielfalt" in der Politik vertreten. Bisher konnten auf diese Weise die Machtverhältnisse jedoch noch nicht verändert werden, die sich in der sozialen Mobilisierung, wirtschaftlichen Mobilität und im wahlpolitischen Auftrag ausdrücken.

Die Last der oligarchischen Geschichte des Landes wird durch die neuen Bedrohungen der transnationalen Sicherheit, der globalen Wirtschaft, der aufgeschobenen institutionellen Staatsreform und deren ärmliche Sozialinvestition verschärft. Auch zur Lösung der Knoten im Rechtsstaat haben die Abkommen bislang noch nicht beigetragen (vielleicht dienten diese vielmehr als Vorwand, um die Vergangenheit zu immunisieren, was die gegenwärtige Straflosigkeit des Verbrechens und der schmutzigen Geschäfte gleich mit umfasst). All dies sind Aspekte, die dazu führen, dass die Mehrheit der Analysen und Friedensbilanzen in diesen Tagen von Pessimismus durchzogen sind. Doch die allgemeine Vorstellung einer weniger unterdrückten, weniger unsicheren und weniger ungleichen Gesellschaft ist in den Abkommen und spezifischen Vereinbarungen vorhanden und zeichnet sich auch heute, dreidemokratische Dekaden nach Friedensunterzeichnung, weiterhin in der Skizze eines zukünftigen reformistischen Sozialpaktes ab.

Der Sieg der guatemalteckischen Armee war ein Leichtes nach einem Jahr der militärischen Offensive, die im September 1981 startete. Sie gewann im dem Sinne, dass sie die so genannte Aufstandsbedrohung erstickte und anschliessend mit der Unterstützung der politischen Parteien und den Vertretungen der Unternehmenskreise die Macht des Staates stabilisierte bis sie das wirtschaftliche Wachstum wieder erreichte und die bürgerliche Normalität wieder einkehrte. Doch sie gewann nicht im konventionellen Sinne, und zwar in der Eroberung der bedingungslosen Aufgabe des Feindes, der URNG.

Die Friedensverhandlungen zogen sich über mehr als ein Jahrzehnt und stellten die explizite Einsicht dar, dass der Frieden im Wesentlichen kein militärischer, sondern ein sozialer sein müsse, was fortschrittliche Obliegenheiten der staatlichen Modernisierung implizierte.

Heute stellt sich die Frage, warum sich die Grundprämissen dieser zentralen Erneuerungsaufgaben während der vergangenen zehn Jahre nicht erfüllt haben. Die AnalystInnen stimmen darin überein, dass die Friedensverträge, die sich bereits quer durch drei aufeinander folgende, gewählte Regierungen gezogen haben, durchaus gewissenhaft von den involvierten AkteurInnen unterzeichnet wurden, selbst von denjenigen, die gesellschaftlich gewichtig waren, je-

doch nicht direkt an den Verhandlungsteilnahmen. Grundsätzlich lassen sich diese Vereinbarungen in drei Themen zusammenfassen: die multiethnische Nation, die Staatsreform und eine bessere Beachtung sozialer Angelegenheiten.

Wenn wir heute in der guatemaltekischen Elite eine Meinungsumfrage machen würden, bestätigten sicher alle, dass diese Themen unverzichtbar sind für das wirtschaftliche Wachstum und die vorteilhafte Eingliederung in die Globalität. Unverzichtbar auch zur Festigung der Demokratie und zur Bannung zukünftiger sozialer und ethnischer Konflikte, zur Linderung der Armut und Verkleinerung der Ungleichheitskluft oder zur Absicherung des Rechtsstaates und dafür, auf einen Staat zählen zu können, der der Bilanz zwischen Markt (ohne Gesellschaft) und der Gesellschaft (ohne Markt) treu bleibt. Kurz gesagt, unverzichtbar, damit alle ein bisschen begünstigt werden, aber niemand zu schwerwiegendem Schaden kommt.

Schliesslich erschien dies zumindest in der Theorie eine realisierbare, weil notwendige Formel zu sein. Doch so einfach war es nicht. Unter Berücksichtigung der Kräfte, die zusammentrafen, und dem Moment, in dem die Verhandlungen sowie die Unterzeichnung der Verträge vonstatten gingen, können wir das wie folgt zusammenfassen: Der Augenblick war aufgrund der internationalen Teilnahme und Sympathie einzigartig und unwiederholbar, obwohl das interne Kräfteverhältnis ungleich war. Das Problem bestand weder in Mehrheiten noch in harten, widerständigen Minderheiten, es betraf spezifische AkteurInnen und hatte mit der politischen Kultur zu tun.

Die Beziehung zwischen den AkteurInnen spielt auf das Mass der Führungsqualitäten und der historischen Verpflichtung sowohl in der Aufstandsbewegung wie auch im Establishment an sowie auf die Hellsichtigkeit von Organisationen, die in der Lage waren, den politischen Moment zu interpretieren und ihre eigenen Forderungen und Mobilisierungen zu verwalten. Und unter politischer Kultur verstehen wir eine Einstellungsänderungen gegenüber dem Staat, die Art und Weise der Aneignung von Gütern und die Anerkennung der Existenz des/der anderen.

Man kann trotz der hohen Verluste der Opposition während der Zeit des Terrors nicht absolutistisch das Fehlen von Gelegenheiten vorbringen, schmiedete doch die so genannte Gruppe Antigua (die die Spitzen aus Unternehmertum, Politik, Gewerkschaften und der sozialen Gesellschaft in sich vereinte) nach dem Treffen in El Escorial (1990) an einer Verfassungsreform, bis Präsident Jorge Serrano im Mai 1993 den Staatsstreich durchführte. Daraufhin beanspruchte die so genannte Gruppe Pyramide (Teil der Unternehmensspitze), unterstützt durch Gruppen der Zivilgesell-

schaft, die Rettung der Demokratie und die Definition der moralischen Begriffe der Politik für sich.

Die Friedensverträge stellten eine klare Agenda dar, mit (notwendigerweise) eingeschränkten AkteurInnen, Gästen, die grundsätzlich berücksichtigt, doch auf dem Feld von AkteurInnen vereinnahmt wurden, die andere Praktiken und Erwartungen und vor allem mehr effektive Macht hatten. Die Regierung von Alvaro Arzú, die die Verträge unterzeichnete, stellte sie international als eigenen Erfolg zur Schau. Intern jedoch herrschte Argwohn gegenüber jeglichen kritischen Meinungen und Infragestellungen ihrer Amtsführung, in der sie die Umsetzung (oder deren Fehlen) der Abkommen mit Regierungsaktivitäten vermischte, wie beispielsweise mit kostspieligen Privatisierungen ohne Regulierung, mit Korruptionsgeschichten oder mit in der Straflosigkeit belassene politische Verbrechen, was man auch schon von früheren Regierungen kannte.

Es wurde verpasst, eine neue, breit abgestützte politische Führung einzusetzen und eine Institutionalität zu garantieren, die diese gestützt und ihr Kontinuität gegeben hätte. Dies liess die korporativen Gruppen erstarken, die glaubten, die Urkunde als Staatsmänner seit Mai 1993 verliehen bekommen zu haben. Entgegen dem Glauben von Arzú und seinen BeraterInnen waren die Abkommen kein Deckmantel für Privatisierungsgeschäfte sondern der Anker, der die alten oligarchischen Beziehungen verstärkte und wirtschaftlich verunmöglichte, was die Politik als Teilnehmecan anbot. Es gab in der Praxis also weder eine zu respektierende Autorität noch eine soziale Bewegung, die sich auf der Bühne auskannte, um ein Gegengewicht zu stellen. Dieses reale Machtungleichgewicht blockierte die Umsetzung einiger Abkommen, die immer noch logisch und notwendig sind, sowie gangbar aus historischer und ganzheitlicher Sicht.

Was ist nun gewonnen worden? Und welche Aussichten kann es geben? Erreicht wurden gewisse begünstigende Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau des sozialen Netzwerkes, ausreichend, um die Herausforderungen der heutigen Zeit zu erspähen. Obwohl dieser Wiederaufbau zugegebenermassen ungleich vonstatten geht und beeinträchtigt wird von den wirtschaftlichen Emigrationen als Symptom der gescheiterten Integration des Wirtschaftsmodells, das seit Mitte der 80er Jahre Form gewann. Erreicht wurden einige Themen der demokratischen Modernisierung auf der Agenda des Rechtsstaates. Die Institutionen und was wir die „soziale Marktwirtschaft“ nennen können, können irrelevant werden – oder aber ihre "sozialen" Aspekte verlieren – falls man ihnen nicht den nötigen Rückhalt gibt und sich ihre Effizienz nicht zeigt.

Der Abschluss dieses Friedens-

jahrzehnts fällt zusammen mit dem erklärten Ende des *Konsens von Washington* und Regierungsübernahmen reformistischen Bewegungen in Lateinamerika. Ausser der lärmenden und voreiligen Paranoia ob des so genannten Populismus, deutet alles darauf hin, dass das Pendel beginnt, sich zu Gunsten demokratischer Politiken, des Wiederaufbaus eines starken Staates (nicht eines der Stärke) und von Effizienz (nicht unbedingt grösser, sondern weniger bürokratisch) zu neigen, um die aufgeschobenen Aufgaben und die Verpflichtungen einer zivilisierten Nation in einem neuen Jahrhundert zu erfüllen.

Es besteht kein Zweifel, dass diese neue Etappe den Maya-Führungsleuten eine enorme Verantwortung zur Anleitung von sozialen und politischen Prozessen auferlegt; die Frauen werden eine unabdingbare Kraft darstellen, die auch einen notwendigen Teil der sozialen und politischen Kultur transformieren kann. Die Gemeinden, die den ausgewogenen Umgang mit den natürlichen Ressourcen verteidigen, müssen gemeinsam mit den Umweltbewegungen einen langen und kämpferischen Atem beweisen, und die politischen Parteien werden genötigt sein, engagierter gegenüber ihren Gemeinden und verantwortungsvoller mit der Zukunft ihre Nation und dem Planeten Politik zu machen.

Unter anderem mittels dieser AkteurInnen (sowie der mittelständischen globalisierten UnternehmerInnen, die Politik machen und der EmigrantInnen) werden die ständig überprüften Forderungen der Friedensverträge – wenn auch in niedriger Gangart – zweifelsohne direkter Referenzpunkt für andere Ziele und Utopien sein.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Trecek

c-tree@gmx.net

Abos: ¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail: barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandsabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate